

## Marokko nach der Wahl

EIN SCHRITT IN RICHTUNG DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

**Die Wahlen für die erste Kammer des marokkanischen Parlaments am 25. November 2011 können als Erfolg für die Demokratisierung des Landes bewertet werden. Sie können sich als Schritt zu neuer Stabilität erweisen sowie zu einer Legitimität, die nicht durch Revolution erzwungen, sondern durch Reform erreicht werden konnte.**

Der Ausgang der Wahlen gibt Grund zur Hoffnung. Im Vorfeld wurde er mit vielen Fragezeichen versehen und von den meisten Beobachtern als völlig offen bewertet. Bereits am Wahlabend machte sich jedoch allgemeine Erleichterung breit. Es war der friedlichste Wahltag in der Geschichte des Landes. Aber es gilt nicht nur, die Durchführung positiv zu bewerten, auch die politische Neuausrichtung verlangt von vielen Marokkanern ein positives Umdenken in Richtung Transparenz, für die Umsetzung der neuen Verfassung und für den Prozess politischer Partizipation in Marokko.

Die Themen, die im Wahlkampf im Vordergrund der öffentlichen Auseinandersetzungen standen, waren zum einen die Durchführung der beiden nationalen Listenwahlen für Frauen und für „junge Politiker“ (unter 40 Jahren), für die neben der allgemeinen Verhältniswahl nach Distrikten abgestimmt werden sollte. Auf diese beiden vorgegebenen Listen entfielen jeweils 60 bzw. 30 der insgesamt 395 Sitze, so dass lediglich für die verbleibenden 305 Sitze noch individuelle Kandidaten zur Wahl standen. Umstritten war zum anderen die Art der Wahlbeobachtung, für die es in der neuen Verfassung zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Marokko eine gesetzliche Grund-

lage gab. Darüber hinaus galt die zu erwartende Wahlbeteiligung als größte Unbekannte.

Alle drei Kontroversen, insbesondere die Sorge hinsichtlich der Wahlbeteiligung, konnten noch am Wahlabend ausgeräumt werden. Offiziell lag diese bei 45,4 Prozent und kann damit in mehrfacher Hinsicht als ein Fortschritt gesehen werden. Dies gilt sowohl angesichts der Wahlbeteiligung in der Vergangenheit als auch der vorangegangenen Boykottaufrufe der sozialen Protestbewegung sowie einer noch immer anzutreffenden Grundhaltung, die dem König fast alles und der Demokratie nur sehr wenig zutraut. Aber auch für den König lag in der Wahlbeteiligung eine Anerkennung der von ihm eingeleiteten Verfassungsreform, während sie den Appellen der „Bewegung 20. Februar“, die Wahlen zu boykottieren, ihre Grenzen aufzeigte.

Deutlich weniger Überraschung löste hingegen das Wahlergebnis der moderat islamistischen „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) aus, die mit 107 Sitzen als herausragender Gewinner auftreten und damit zugleich den Anspruch geltend machen kann, den neuen Premierminister zu stellen. Ihr Erfolg basiert – nach dem Vorbild der türkischen AKP ebenso, wie nach denen der An-Nahda in Tunesien oder der Muslimbrüder in Ägypten – in erster Linie auf dem sozialen Engagement ihrer Vertreter, durch das die Partei sowohl in den urbanen Zentren als auch unter der ländlichen Bevölkerung zahlreiche Wähler mobilisieren konnte. Er basiert zudem auf einer ebenso intelligenten wie effizienten Kommunikationsstrategie, die insbesondere von den Un-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## MAROKKO

DR. HELMUT REIFELD

30. November 2011

[www.kas.de/marokko](http://www.kas.de/marokko)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

kenrufen ihrer Gegner zu profitieren vermochte. Sehr geschickt antwortete zum Beispiel ihr Generalsekretär und künftiger Premierminister, Abdelilah Benkirane, in einem Interview auf die Frage nach einem möglichen Alkoholverbot: Seine Partei würde eher gewählt, weil sie gegen Korruption sei als gegen Alkohol, argumentierte er. Darüber hinaus gelang Benkirane ein Spagat. Mit der Devise: „L'État, c'est le Roi“ präsentierte er sich als eindeutig loyal gegenüber der Krone, und zugleich schaffte er es, auch Stimmen von der illegalen, außerparlamentarischen „Bewegung für Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ zu bekommen.

Ebenfalls gut behauptet hat sich das Jahrzehnte alte Wahlbündnis „Koutla“, mit der traditionellen Unabhängigkeitspartei Istiqlal an der Spitze, die die Zahl ihrer Sitze noch von 52 auf 60 verbessern konnte, sowie der „Union Socialiste des Forces Populaires“ und der „Parti du Progrès et du Socialisme“. Dieses Bündnis hat sich nicht nur als möglicher Koalitionspartner angeboten, es wurde auch von der PJD bereits als solcher angesprochen.

Als eindeutiger Wahlverlierer erscheint ein anderes Bündnis, das aus acht Parteien besteht und sich „G8“ nennt. Zu ihm gehört vor allem der „Rassemblement National des Indépendants“ (RNI), der ein Viertel seiner Sitze verloren hat, und die „Parti Authenticité et Modernité“ (PAM), die sich erst 2008 aus einer Gruppe kleiner Parteien zusammengeschlossen hat. Der RNI hat bisher den Wirtschaftsminister, Salaheddine Mezouar, gestellt; während die treibende Kraft hinter der PAM Fuad Ali Himma, ein Jugendfreund des Monarchen und einer der schärfsten Kritiker der PJD ist. Aus der Gruppe der „G8“ hat lediglich der „Mouvement Populaire“ (MP) seine Bereitschaft signalisiert, mit der PJD zu koalieren. Doch wird sich die „G 8“ aller Voraussicht nach darauf einstellen müssen, im künftigen Parlament die Oppositionsrolle wahrzunehmen.

Nach der neuen Verfassung sollte diese Rolle jedoch nicht mehr gering geschätzt werden. Der Opposition kommen in Zukunft innerhalb der Parlamentsarbeit festgeschriebene Aufgaben und Mitgestaltungsmöglich-

keiten zu. Sie hat ihre garantierte Finanzierung und kann sich mehr als je zuvor in den Gesetzgebungsprozess einschalten. Sie kann erstmals in der Parlamentsgeschichte Marokkos beanspruchen, dass ihre Gegenvorschläge im Parlament diskutiert werden. Zudem hat sie erstmals das verbriefte Recht, ihre abweichende Position publik zu machen und in den Medien zu vertreten. Natürlich trösten diese Möglichkeiten der aktiveren Mitgestaltung nur begrenzt über den Verlust der Macht hinweg, aber sie schaffen völlig neue Möglichkeiten, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit auf eine erneute Machtübernahme vorbereitet zu sein.

Wie lange sich die neue Regierungsbildung hinziehen wird, bleibt abzuwarten. Bis auf weiteres wird dieser Prozess jedoch – auch über die Regierungsbildung hinaus – vor allem von zwei Fragen begleitet sein: Erstens ist keineswegs ausgemacht, ob eine von der PJD geführte neue Regierung den Demokratisierungsprozess des Landes befördern wird. Wie werden sich die weitere Umsetzung der Verfassungsreform, die Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaat und damit letztlich auch die soziale Formierung der Gesellschaft weiterentwickeln? Und zweitens bleibt gegenüber den gravierenden sozialen Problemen des Landes die Frage offen, wie die neue Regierung den Forderungen zur Bekämpfung der Armut, der Analfabetisierung und der Arbeitslosigkeit sowie letztlich der sozialen Ungerechtigkeit, des wirtschaftlichen Ungleichgewichts sowie vor allem der politischen Korruption entgegenkommen will? Zurzeit und wahrscheinlich auch weiterhin werden diese Forderungen vor allem von der „Bewegung 20. Februar“ vertreten. Die Regierung wird jedoch nicht umhin kommen, sie zu ihrer eigenen Sache zu machen.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass sich die innenpolitische Situation in Marokko im Jahr 2011 zweifellos einschneidend verändert hat. Nach der Verfassungsreform, dem Referendum hierüber und nun den um ein Jahr vorgezogenen Wahlen hat das Land sowohl an demokratischer Legitimität als auch an

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**MAROKKO**

DR. HELMUT REIFELD

30. November 2011

[www.kas.de/marokko](http://www.kas.de/marokko)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

einer Verbesserung der rechtsstaatlichen Verfasstheit gewonnen. Zudem gehen die Nationalwahlen vom 25. November mit einem Gewinn an Transparenz einher, Korruption wird in Zukunft noch genauer beobachtet und Parteien werden konsequenter zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Wandel wird sowohl von der Mehrheit der

politischen Kräfte des Landes mitgetragen, wie er von der Mehrheit der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen wird. Für die MENA Region als ganze zeigt dies, dass es unterschiedliche Wege in eine demokratische Zukunft gibt. Was langfristig daraus wird, bleibt allerdings abzuwarten.

**Anhang:** Übersicht zu den größeren Parteien in Marokko:

Parteien	Sitze (2011)	Sitze ( 2007)	Kurzbeschreibung
PJD	107	46	Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) wurde 1998 gegründet (damals MPCD). Seit den Parlamentswahlen von 2002 gilt sie als stärkste Oppositionspartei. Der Generalsekretär ist seit 2008 <i>Abdelillah Benkirane</i> . Seit der Wahl 2011 ist sie die stärkste Partei. Gemäß der neuen Verfassung wird der Premierminister aus ihren Reihen berufen. Sie gilt als gemäßigt islamistisch.
PI	60	52	Die Partei der Unabhängigkeit (Istiqlal oder PI) ist die älteste Partei Marokkos und wurde am 10. Dezember 1943 gegründet. Hauptziele der Partei waren die Unabhängigkeit von Marokko und die Wiederherstellung der Monarchie. Die Partei gilt als konservativ und nationalistisch. Die wichtigsten Politiker Marokkos kommen aus ihren Reihen. <i>Abbas el Fassi</i> ist seit 1994 Generalsekretär. Er war von 2007 bis 2011 Premierminister.
RNI	52	39	Die Rassemblement National des Indépendants (RNI) wurde 1978 gegründet. Seit der Ära Hassan II. wurde sie als Partei von Technokraten betrachtet. Seit Ende der 1990er Jahre präsentiert sie sich als gemäßigt konservativ. Wirtschaftspolitisch ist sie eher liberal. Seit 2010 ist <i>Salaheddine Mezouar</i> ihr Generalsekretär. Von 2007 bis 2011 war er Finanzminister. Im Vorfeld der Wahlen 2011 gründete sie eine Allianz mit sieben unterschiedlichen Parteien, unter anderem der PAM.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**MAROKKO**

DR. HELMUT REIFELD

30. November 2011

[www.kas.de/marokko](http://www.kas.de/marokko)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

PAM	47	wurde erst 2008 gegrün- det	Die Authentizitäts- und Modernitätspartei (PAM) wurde 2008 vom damaligen Innenminister <i>Fouad el Himma</i> gegründet, der auch ihr Generalsekretär ist. Sie wird oft als Partei des Königs bezeichnet, da sie darauf abzielt, die Macht des Königs Mohammed VI. zu stärken. Für viele Beobachter wurde sie auch gegründet, um die PJD einzudämmen. Die PAM war maßgeblich an der Gründung der „Allianz für Demokratie“ beteiligt.
USFP	39	38	Nach der Spaltung der UNFP (Union nationale des Forces Populaires) wurde die Union socialiste des Forces Populaires (USPF) 1975 gegründet. 2002 erhielt die Partei 52 Sitze und wurde zur stärksten Partei Marokkos. Seit 2007 sind die Ergebnisse der Partei eher rückläufig. Die Partei gilt als linksorientiert, vor allem was die Themen soziale Gerechtigkeit und Diskriminierung betrifft. Seit 2008 ist Abdelwahed Radi (damaliger Justizminister) ihr Generalsekretär.
MP	32	41	Die Mouvement Populaire (MP) wurde 1958, also unmittelbar nach der Unabhängigkeit Marokkos gegründet. Was wirtschaftspolitische Fragen betrifft, ist die Partei liberal orientiert. Im gesellschaftlichen Bereich gilt die Partei eher als konservativ. Generalsekretär ist seit 1994 Mohand Laenser.

Zusammenstellung: Meria Diabira